

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Verlags-Direktor)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4723.

Nr. 20.

Berlin, Mittwoch, 11. März 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Der Syndikalismus. — Die Nur-Konsumenten.
— Praktiken des amerikanischen Schuhmaschinenstrikes.
— Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil.
— Verbands-Teil. — Anzeigen.

Der Syndikalismus.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

(Schluß.)

Die direkte Aktion kann die verschiedensten Formen annehmen. Da die indirekte Aktion der parlamentarischen Einwirkung ausweicht, so kann der Syndikalist, wenn er seinen Einfluß bei der Beratung wichtiger Gesetze geltend machen will, wenn er seine Meinung und seine Wünsche der Gesamtheit gegenüber zum Ausdruck bringen will, dies nur durch das Mittel der Demonstration erreichen. Handelt es sich für eine beschränktere Anzahl von Arbeitern um eine Besserung ihrer Lage, so kommt auch der Streik in Betracht. Das Wort Streik hat aber bei dem Syndikalisten einen eigenartigen Inhalt. Da seine Theorie wenig Wertung für die intellektuellen, ökonomischen und aufbauenden Eigenschaften der Menschen aufzubringen weiß, so hat er auch keine Neigung, lange vorzudenken und sorgfältige Vorbereitungen für den Fall eines Streiks zu treffen. Der Kampf soll nicht zu einem Ringen zwischen zwei Weltanschauungen ausarten. Erweist sich ein Streik als unumgänglich oder winstlich, so wird der Syndikalist alles durch seine Begeisterung und Aufopferungsfreude erreichen. Man sieht, daß diese Anschauung einen dunklen, mystischen Kern hat. Die Aufopferungsfreude wird sich bei Bedarf einstellen. Sie zu pflegen, wäre eine Schwäche und erscheint auf jeden Fall überflüssig. Der Syndikalist hat Verwandtschaft mit dem in Romanen sehr geläufigen Typ der unverständlichen Frau, die immer an das Wunderbare glaubt, das irgendwann, aber sicher zur richtigen Zeit sich einstellen soll, und die in dieser schönen Hoffnung sich sonst einlullt, ohne sich weitere Gedanken oder gar ernsthafte Sorge über ihre jetzige Stellung zu machen.

Professor Renaulto knüpft an diesen Punkt vornehmlich die Schärfe seiner Kritik an. Er stellt die Jahresbeiträge der Gewerkschaften in den hauptsächlichsten Ländern einander gegenüber. Für alle 66 französischen Syndikate berechnet sich der Jahresbeitrag auf noch nicht 3 Francs für das Mitglied, für die deutschen Gewerkschaften durchschnittlich auf etwa 33 Francs, für die 100 stärksten englischen Trade Unions auf 43 Francs. Daran knüpft er die Bemerkung (gefürzt): „Erwägt man die große Reizempfindlichkeit des französischen Volkes gegen jede Art der Behdrückung, den ihr entsprechenden tiefen Haß des französischen Arbeiters gegen seine Rechtlosigkeit im heutigen Arbeitsverhältnis, nimmt man dazu, daß die französischen Arbeiter lieber Einkerbung ertragen, ja, das Leben riskieren, als Geld zahlen, so begreift man völlig die Herrschaft des revolutionären Syndikalismus in Frankreich und seine sogenannte Philosophie. Er ist nichts anderes als der Ausfluß der Schwäche der französischen Arbeiter-Syndikate.“

Ein Mittel des beständigen Kampfes ist die Marke. Durch sie werden diejenigen Waren gekennzeichnet, die der Arbeiter kaufen soll, Waren also, die von Unternehmungen stammen, in denen den Forderungen der Syndikalisten Zugeständnisse gemacht worden sind. Die Marke kann auch Schätze kennzeichnen, z. B. den Freizeitanlagen vorbehalten, der seinen Gehilfen eine kürzere Arbeitszeit gewährt hat. Dem Mittel der Marke steht der Boykott gegenüber. Die syndikalistische Masse

soll sich ihrer Macht als Konsument betruht werden und Unternehmungen, die zu bekämpfen sind, durch Uebergehen ihrer Waren an der kapitalistisch verwundbaren Stelle anpacken. Andererseits wird die Macht als Produzent dadurch zum Ausdruck gebracht, daß gewisse Arbeitsstätten gemieden werden.

Als weiteres charakteristisches Mittel der direkten Aktion kommt dann die Sabotage in Betracht. Sabotage ist für den Syndikalisten nicht nur gewalttätige Zerstörung von Maschinen und Material, sondern umfaßt viel mehr. Sabotage ist im weitesten Sinne jeder plannmäßige Widerstand gegen den Unternehmer. Sie äußert sich auch durch langsame Arbeiten, durch minderwertige Herstellung der Waren nach dem Grundsatz: „Schlechte Arbeit für schlechte Bezahlung“. Sie kann sich sogar zu einer für den Unbeteiligten fast geistreich erscheinenden Verhöhnung der Bürokratie erheben, wenn etwa die französischen Eisenbahner sich bereden, auf das deutlichste jede Dienstvorschrift auszuführen, was dann zur Folge hat, daß der ganze Verkehr zum Stillstand kommt (passive Resistenz).

Die direkte Aktion wirkt für den Arbeiter zwar, insofern sie Erfolg hat, Vorteile für seine augenblickliche Lage ab, aber in ihrer Wirkung für die Zukunft betrachtet, dient sie dazu, den heutigen Staat zu gerütteln, zu untergraben. Der schließlich nicht mehr lebensfähigen, bis aufs äußerste geschwächten Gesellschaft wird durch den endlichen Generalstreik dann völlig der Garau gemacht. Was kommt dann? Dann wird der Unternehmer sowohl wie der Staat durch die Syndikate ersetzt. Das Syndikat ist die Zelle der Gesellschaft. Heute hat sie im wesentlichen noch Kampffunktionen. Aber später wird sie der Grundbestandteil des erwarteten Organismus sein. Ein großer Zusammenschluß der die einzelnen Berufs umfassenden Syndikate ist das Zukunftsideal. Nicht zentralisiert, wird jedes einzelne Syndikat seine Freiheit haben.

Der mystisch unklare Kern bleibt in allem bestehen. Genau so wie die Aufopferungsfreude wie auf Kommando zu erscheinen hat, wenn ein Streik ausbricht, während man sich vorher mit bequemer Verbildung um unerwünschte Belästigungen des Geldbeutelns zu drücken weiß, so wird man auch an jenem historischen Tage mit einem Mal genau wissen, in welcher Weise die Menschheit zu syndikalisieren ist. Vorher daran zu denken, ist eine unnötige Zerstückelung der Kräfte. Daß eine sorgsame Schulung des Intellekts vorangehen muß, damit man komplizierte Vorgänge übersehen und leiten kann, übersteht der Syndikalist mit derselben Selbsterleuchtung wie der dem konservativen Herrschaftsideal Anhängende, der sich zum Regieren geboren glaubt. Wie dieser meint, daß Vergabung und Erziehung doch letzten Endes nicht die Geburt ersetzen können, so glaubt auch der Syndikalist an seinen großen Beruf, die Welt zu schaffen und zu regieren, und an den Verstand, der sich einstellen wird, wenn er sein schwieriges Amt des Neugeschaltens antreten wird.

Wir haben, wenn wir, wie hier beim revolutionären Syndikalismus, einer Theorie, einer Philosophie gegenüberstehen, zu untersuchen, von welchen Voraussetzungen ausgegangen wird. Kennen wir diese, so können wir beurteilen, inwieweit die Lehre in der widerspruchsvollen Welt des Wirklichen Geltung haben kann, nämlich, so weit die Voraussetzungen hier Gültigkeit behalten. Eine Philosophie, die so einseitig eingestellt ist, wie der revolutionäre Syndikalismus, und die dazu noch die wesentlichste Eigenschaft des Menschen in ihren Voraussetzungen glaubt übergeben zu dürfen, kann dem Leben überhaupt nicht gerecht werden. Der

Syndikalist, der durch das Wunder seiner Lat belehren will und den Intellekt der Masse kaum beachtet, weiß nichts von Schulung. Der deutsche Arbeiter mit seinem großen Eifer, in den Kern der Dinge einzudringen und sich Wissen anzueignen, wird ihm das zum schwersten Vorwurf machen. Auch über die Stellung der Frau in der syndikalisierten Gesellschaft ist nichts in dieser Philosophie enthalten. Wenn man bedenkt, daß ihre Stellung als Mutter und Hausfrau in unserer heutigen Gesellschaft durchaus nicht immer eine sorgenfreie und angenehme ist, daß vielfach ihre Persönlichkeitswerte nicht zur Geltung kommen können, und dem gegenüber hält, daß nach Zerstörung dieser bestehenden Welt und Einrichtung des Syndikalitengefüges gar nichts über die Stellung der Frau in der Philosophie des Syndikalismus enthalten ist, und auch gar nichts heranzufinden geht, so weht es einem wie ein eifriger Hauch entgegen.

Nun mag man berüchtigen, daß es wohl der deutschen Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit entspricht, dieser Philosophie des Syndikalismus in seinen Voraussetzungen und Konsequenzen in aller Schärfe nachzugehen. Man soll aber andererseits nicht übersehen, daß in seinen Lehren und Mythen lebensdienliche Neuerungen des Gesellschaftslebens der französischen Arbeiter finden, hervorgerufen durch ihre geistige Veranlagung und wirtschaftliche Lage. Ob sich diese Lehre entwickeln kann oder ob sie abgelöst werden wird durch eine tiefer gründende, das ist eine Frage der Spekulation, die wir der Beantwortung durch die Zukunft überlassen können.

Zu erwähnen bleibt noch, daß auch der Syndikalismus eine reformistische Richtung hat. Die Reformisten suchen sich mehr den wirklichen Verhältnissen anzupassen. Aber auch sie nennen sich Syndikalisten und legen einen hauptsächlichsten, wenn auch nicht ausschließlichen Wert auf das Syndikat und die direkte Aktion. Doch unterschätzen sie in ihren Ansichten und Neuerungen die Macht des menschlichen Geistes nicht so völlig. Sie wollen schließlich der parlamentarischen Aktion auch gewisse Berechtigung zuerkennen und verwerfen Schiedsgerichte und Tarifverträge nicht grundsätzlich. F. B.

Die Nur-Konsumenten.

Am 31. Dezember 1917 kaufen die gegenwärtig in Kraft befindlichen Handelsverträge ab. Die Frage der künftigen Handelsverträge und des mit ihnen eng verbundenen Zolltarifs wirkt schon jetzt ihre Schatten voraus. Die Agrarier bemühen sich um eine „Ergänzung“ des Zolltarifs, d. h. um Schaffung eines ländlichen Zolltarifs, durch den auch alle jetzt noch zollfreien Produkte, wie Milch, Gemüse usw., mit Zöllen belegt werden sollen. Und ebenso rühmig ist die Großindustrie, die auch nicht leer ausgehen möchte und hofft, wie bei der Einführung des Schutzolltarifs, so auch jetzt wieder ihr Schwächen ins Trockene zu bringen. Eine Hand wäscht bei solchen Gelegenheiten die andere. Großindustrie und Agrarier unterstützen sich damals, und sie hoffen auch diesmal wieder Gelegenheit zu finden, in gleicher Weise das Fett abzuschöpfen.

Nun hat aber der Staatssekretär Dr. Debes am 20. Januar d. Js. im Reichstage eine Rede gehalten, in der er namens der Verbündeten Regierungen sich zwar für die Fortführung der bisherigen Wirtschafts- und Handelspolitik aussprach, zugleich aber zu erkennen gab, daß die Verbündeten Regierungen die Absicht haben dem Reichstage keine Novelle zum Zolltarif vorzulegen, sondern den bisher gültigen Tarif zu ver-

längern, wenn die Vertragsstaaten sich mit Deutschland auf einfache Verlängerung der geltenden Handelsverträge einigen sollten. Eine anderweitige Regelung würde nur in Frage kommen, wenn von Seiten der Vertragsstaaten das Vertragsverhältnis gefündigt und in ihren Tarifen eine Aenderung vorgenommen werden sollte. Diese Antwort der Reichsregierung hat den Beifall unserer Hochschützöller nicht gefunden. Ein frischfröhlicher Zollkrieg würde ihrem Geschma und ihren Interessen weit besser entsprechen als die friedliche Fortführung der Handelsvertragspolitik. Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde deshalb, wie bereits in voriger Nummer kurz erwähnt, von hochschützöllerischer Seite der erste Vorstoß gegen die Stellung der Verbündeten Regierungen unternommen, und bezeichnender Weise war es die nationalliberale Partei, die bekanntlich im preussischen Abgeordnetenhaus eine andere Färbung als ihre Spezialkollegin im Reichstage aufweist, die die Führung bei diesem Vorstoß übernahm. Um es gleich vorweg zu sagen: Eine besondere Befriedigung werden die Herren über den Ausgang ihres Vorhabens kaum empfinden haben. Die Antwort der preussischen Regierung bedarf sich inhaltlich mit der des Vertreters der Verbündeten Regierungen im Reichstage. Der Handelsminister Dr. Sydow erklärte, die preussische Regierung stehe hinter der Erklärung, die der Staatssekretär Dr. Delbrück im Reichstage abgegeben hat, der Zolltarif von 1902 sei ein brauchbares Werkzeug für den Abschluß guter Handelsverträge gewesen. Es bedarf aber wohl keines besonderen Hinweis darauf, daß die konservativen Agrarier volle Befriedigung über das Vorgehen der Nationalliberalen im preussischen Abgeordnetenhaus zeigten. Sie liebten denn auch die Bereitwilligkeit erkennen, den Schutzöllnern der Industrie entgegen zu kommen, wenn ihnen weitere Agrarzölle bewilligt werden sollten.

Was uns aber, abgesehen von der allgemeinen Bedeutung der Handelsvertragspolitik, veranlaßt, besonders auf diese Vorgänge einzugehen, ist eine Aeußerung des Vorsitzers der nationalliberalen Partei, des Abg. Dr. Beumer, der als Vertreter des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller auch weiteren Kreisen bekannt geworden sein dürfte. Herr Abg. Dr. Beumer sprach am 3. März im preussischen Abgeordnetenhaus mit einer gewissen Nichtachtung von den „Nur-Konsumenten“, die nach seiner Ansicht nur in den Professoren auf dem Katheder verpörrt sind, die mit Glücksgütern gesegnet sind und „in dem Zustande der gefälligen Anschuld sich um die Produktion nicht zu kümmern“ brauchen. Herr Dr. Beumer machte sich die Beweisführung überaus leicht. Er fragte: „Wo sitzen eigentlich diese Nur-Konsumenten? Auf dem Acker, in der Landwirtschaft finden Sie sie nicht; in der Werkstatt, im Kontor, in der Fabrik, in der Schiffahrt finden Sie sie ebenfalls nicht; denn dort werden Arbeiter wie Arbeitnehmer einmütig von der Notwendigkeit der richtigen Instruierung unserer Wirtschaftspolitik geleitet.“

In dieser „Beweisführung“ des Herrn Dr. Beumer ist nur das eine richtig, daß die im Berufsleben und in praktischer Tätigkeit unseres Volkes befindlichen Elemente auch zu den Produzenten gehören. Nach dieser Beweisführung gehört aber Herr Dr. Beumer mit seiner Tätigkeit als Generalsekretär eines Scharfmacherverbandes ebenso wenig zu den Produzenten wie der Professor auf dem Katheder. Die in den Fabriken, in den Bergwerken und überall, wo Arbeitskräfte gebraucht werden, tätigen Arbeiter gehören dagegen ganz folgerichtig zu den Produzenten. Sie gehören aber allermeist auch zu den „Nur-Konsumenten“, deren Bedeutung aber Herr Dr. Beumer herabzusetzen sich bemühte. Die Arbeiter sind Nur-Konsumenten, weil sie weder Agrarprodukte noch Erzeugnisse der Industrie verkaufen. Sie sind dagegen genötigt, alles was sie zum Lebensunterhalt gebrauchen, zu kaufen. Die Schattenseiten der gegenwärtigen Zoll- und Wirtschaftspolitik sind ja eben darin zu suchen, daß die große Masse des Volkes, die Nur-Konsumenten, ungemein schwer belastet wird und die Vorteile in der Hauptsache nur den Großen in der Landwirtschaft und in der Industrie zufallen. Deshalb ist es nicht zu billigen, wenn ein parlamentarischer Wortführer sich hinsichtlich die Nur-Konsumenten als etwas Nebenständliches in unserm Staatsleben schildert. Die in Deutschland seit dem Jahre 1880 geförderte agrarisch-hochschützöllerische Interessenpolitik hat in der Tat — das ist Herr Dr. Beumer und seinen Genossen vorzubehalten — die Konsumenten auf das allerschwerste geschädigt, und jetzt bekommen dieselben Konsumenten obendrein noch Hohn und Spott vorgelegt. Da ist es nicht verwunderlich,

wenn sich eine immer größer werdende Unzufriedenheit in weitestens Volkskreisen bemerkbar macht.

Die Scharfmacher à la Beumer und ihre agrarischen Helfershelfer sind nun aber mit einem andern Einwande links bei der Hand. Sie sagen, den Arbeitern sei durch die gegenwärtige Schutzöllpolitik eine vergrößerte Arbeitsgelegenheit mit höheren Löhnen geschaffen worden. In der Zeit der Arbeitslosigkeit sollte man lieber nicht von einer vergrößerten Arbeitsgelegenheit mit höheren Löhnen sprechen. Wir wollen aber zugeben, daß die deutsche Industrie im Laufe der Jahre einen großen Aufschwung genommen hat. Es ist jedoch die Frage aufzuwerfen, ob dieser Aufschwung nicht ebenso gut auf andere Ursachen als auf die Schutzöllpolitik zurückzuführen ist, ob das Ausblühen der deutschen Industrie nicht auch gekommen wäre ohne übermäßig hohe Schutzöllle, die das deutsche Volk beinahe erdrücken, und ob der wirtschaftliche Aufschwung nicht gekommen ist trotz der Schutzöllle. Auf diese Fragen wollen wir heute nicht eingehen, vielmehr darauf mit allem Nachdruck hinweisen, daß die notwendig gewordenen und auch wirklich eingetretenen Erhöhungen der Löhne oftmals herbeigeführt wurden gegen den Willen der Beumer und Genossen. Die Arbeiter mußten höhere Löhne für ihre Arbeitsleistung erringen, weil als Folge der Schutzöllpolitik eine Verteuerung der Lebenshaltung in erheblichem Umfange eingetreten war. Wäander Lohnkampf der letzten 30 Jahre wäre nicht notwendig gewesen, wenn diese Hochschützöllpolitik nicht derartige Folgen gezeitigt hätte. Und wenn Lohnerhöhungen eingetreten sind, so können sie von den Hochschützöllnern nicht als ein Argument dafür angeführt werden, daß die Arbeiter als Produzenten einen Vorteil von der Hochschützöllpolitik davongetragen haben. Die Lohnerhöhung hat in den meisten Fällen nicht zugereicht, um den erhöhten Lebensansprüchen Genüge zu leisten. Das ist eine bittere Wahrheit, die den Vertretern der deutschen Schutzöllpolitik immer und immer wieder vorgehalten werden muß. Trotz ihres Höhenanteils an der Produktion gehören die Arbeiter in ihrer überwiegenden Mehrheit zu den Nur-Konsumenten und als solche müssen sie gegen einer Schutzöllpolitik sein, wie sie Herr Dr. Beumer namens der Großindustrie und Herr Dr. Diederich Sahn vom Bunde der Landwirte vertreten.

Die Praktiken des amerikanischen Schuhmaschinentrustes.

Wir kennen schon die verschiedenen Methoden, mit denen die großen amerikanischen Trusts vorgehen, um die ihr unbedeuten Konkurrenz zu beseitigen: das Aufkaufen der Konkurrenz, das Fortreiben der Konkurrenz, das Unterbieten auf allen Marktgebieten, das Zugabewesen usw. Aber das, was sich vor kurzem zwischen dem amerikanischen Schuhmaschinentrust und der deutschen Moenus-Aktiengesellschaft in Frankfurt am Main abgepielt hat, dürfte doch einigermaßen neu sein und zeigt, mit welchen Mitteln heute seitens der Trusts gearbeitet wird.

Die Amerikaner sind uns Deutschen bekanntlich lange Zeit auf dem Gebiete des Werkzeugmaschinenbaues über gewesen, weil sie ein besseres System der Arbeitsteilung in ihren Fabriken hatten und weil dadurch der Gebrauch von arbeitserparierenden Maschinen rationaler und die Erfindung solcher Maschinen leichter war. So bestand noch bis vor wenigen Jahren eine solche Ueberlegenheit auf dem Gebiete des Maschinenbaues für die Schuhindustrie, wie sie heute auf dem Gebiete der Nähmaschinen und Zuschneidemaschinen wohl zweifelloß noch besteht. In allen großen deutschen und europäischen Schuhfabriken, in den Bekleidungsämtern der Arme usw. konnte man noch die amerikanischen Arbeitsmaschinen finden.

Darin hat sich nun seit einigen Jahren ein grundlegender Wandel vollzogen. Die deutsche Werkzeugmaschinen-Industrie hat angefangen, sich auch bezüglich der Schuhmaschinen auf eigene Füße zu stellen, und bei der bekannten deutschen Gründlichkeit ist auch auf diesem Gebiete zu konstatieren, daß die deutsche Maschine nicht nur die amerikanische aus den deutschen Fabriken herauszutreiben anfangt, sondern daß sie auch draußen auf dem Weltmarkte in einen erfolgreichen Wettbewerb mit den amerikanischen Maschinen trat. Besonders die Maschinenfabrik Moenus Aktiengesellschaft in Frankfurt am Main war es, die sich in dieser Beziehung hervortat, die bedeutendste deutsche Spezialfirma auf dem Gebiete der Schuhmaschinenfabrikation.

Der amerikanische Schuhmaschinentrust, der fast die gesamte amerikanische Schuhmaschinenindustrie umfaßt und durch Tochtergesellschaften,

die als solche schlecht zu erkennen sind, wohl auch schon außerhalb der Vereinigten Staaten festen Fuß gefaßt hat, ging nun zu einem ganz eigenartigen System über, um der deutschen Industrie das Wasser abzugraben. Die Schuhmaschinen sind, da es sich um äußerst fein arbeitende Spezialmaschinen handelt, verhältnismäßig teuer, und aus dem Grunde betragen sie den größten Teil des Anlagekapitals einer Schuhfabrik. Dazu kommt, daß auf dem Gebiete der Schuhmaschinen-Industrie noch immer neue Verbesserungen herauskommen, die eine so große Selbstkostenermäßigung bewirken, daß jeder bedeutende Fabrikant, der mit der Konkurrenz auf gleicher Höhe bleiben will, gezwungen ist, die alte Maschine, selbst wenn sie auch erst zwei Jahre aufgestellt ist, aus dem Fabrikal zu entfernen und die neue Maschine aufzustellen. Das ist natürlich mit wesentlichen Kosten verknüpft, und da in der deutschen Schuhindustrie vorderhand nur wenig Aktiengesellschaften existieren, für die eine Kapitalbeschaffung verhältnismäßig leicht ist, als vielmehr Privatfirmen, bei denen die Kapitalaufnahme mit Schwierigkeiten verknüpft ist, so hat der amerikanische Trust hierauf gebaut, indem er den deutschen Schuhfabrikanten amerikanische Maschinen statt zum Kauf zur monatlichen Miete anbietet. Das ist natürlich für viele Fabrikanten eine so bedeutende Kapitalersparnis, daß sie in vielen Fällen bedingungslos zugreifen und auf alle anderen Bedingungen, die der Trust stellt, bereitwillig eingehen. Die wichtigste Bedingung ist natürlich, daß der Fabrikant nur Maschinen des Trusts und keine anderen aufstellen darf, daß er seinen Bedarf an Garnen, Nägeln, Lack usw. nur vom Trust beziehen darf. Diesem Vorgehen des amerikanischen Trusts kann natürlich die nicht so einheitlich geschlossene und darum auch nicht so kapitalfrächtige deutsche Maschinenindustrie nicht nachfolgen, und so ist es gekommen, daß der Trust in Deutschland wieder viel Boden gewonnen hat.

Nun gibt es aber auch viele Fabrikanten, die trotz des verlockenden amerikanischen Angebots soviel Nationalgefühl und soviel Stolz haben, daß sie lieber mehr Geld ausgeben, statt sich dem amerikanischen Trust in die Hände zu liefern. Um auch diese einzuschüchtern, hat nun der amerikanische Schuhmaschinentrust zu einem ganz verwerflichen Mittel gegriffen. Er konstruierte eine an den Haaren herangezogene Patentverletzung seitens der Moenus-Aktiengesellschaft und machte dieser den Prozeß. Eine Auslicht, diesen Prozeß zu gewinnen, bestand natürlich nicht im entferntesten. Darauf kam es dem Trust ja naturgemäß auch gar nicht an; er begann diesen Prozeß nur zu dem Zweck, um damit bei den Abnehmern Respekt zu machen und diesen zu drohen. Natürlich hatte eine ganze Reihe von Fabrikanten Angst, daß der schwebende Prozeß zugunsten der Amerikaner entscheiden würde und daß sie dann Gefahr laufen könnten, zur Außerbetriebsetzung der soeben gekauften Maschinen gezwungen zu werden. Viele haben sich deswegen doch lieber zum Bezuge der amerikanischen Maschinen bequemt. Das war es ja eben, was der Trust wollte, denn Patentprozeße dauern bekanntlich mehrere Jahre, wenn sie nach allen Regeln der Kunst vertriehelt werden, und bei dieser Trübe gefißte Gewinn wiegt die Prozeßkosten mehr als auf.

Der betr. Prozeß zwischen der Tochtergesellschaft des amerikanischen Trustes und der Maschinenfabrik Aktiengesellschaft-Moenus in Frankfurt ist am 4. Februar ds. Js. vom Reichsgericht endgültig zugunsten der Moenus-Gesellschaft entschieden, und es ist zu hoffen, daß damit weiteren solchen Praktiken des Trustes ein kräftiger Riegel vorgehoben ist. Dr. Fritz Seber.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 10. März 1914.

Zur Förderung der inneren Kolonisation hat die Fortschrittliche Volkspartei im preussischen Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem die Staatsregierung einen Fonds von 300 Millionen Mark zur Verfügung stellen soll, um Staatsdarlehen für ländliche Betriebe zu gewähren, die von Korporationen des öffentlichen Rechts, von gemeinnützigen Anstaltungsgesellschaften oder Privatpersonen errichtet werden. Das Darlehen soll bis zu 9 Zehntel, bei einem Stellenwert von mehr als 10 000 Mk. bis zu 7 Achtel des Stellenwerts gewährt werden. Als Ziele der inneren Kolonisation sind nach dem Entwurf anzugeben:

1. Schaffung neuer Leistungsfähiger Landgemeinden in gemischter Kolonisation durch Anwesen von Reineren, mittleren und größeren Bauern sowie von Landarbeitern und Handwerfern.

2. Schaffung von Landarbeitern in solchen Gemeinden, in geeigneten Fällen auch in solchen Gutsbezirken, in denen ausreichende Arbeitsgelegenheit bei mehreren Arbeitgebern vorhanden ist.

3. Verpachtung von Wohnungen und kleinen Landstücken an solche Arbeiter, denen die Mittel zur Erwerbung von Landarbeiterstellen fehlen. Soweit den Gemeinden das dazu erforderliche Land fehlt, können ihnen auf Antrag aus dem im § 1 genannten Fonds Mittel zu dessen Erwerb zur Verfügung gestellt werden. Nach Möglichkeit sind zu diesem Zwecke Domänen und forstwirtschaftliche Grundstücke bereit zu stellen.

4. Befestigung der Moore und Oedländerereien.
Der Entwurf enthält ferner Vorschriften über die Leitung und Beaufsichtigung der inneren Kolonisation, über die Grundstücke, nach denen die Staatsdarlehen gewährt werden sollen, usw.

Es ist noch nicht allzulange her, daß der preussische Ministerpräsident sich für eine energische innere Kolonisation ausgesprochen hat. Im Gegensatz dazu standen allerdings die Laien der preussischen Regierung, die eine ganze Million zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt hat. Würde der Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei angenommen, so wäre es wirklich möglich, eine großzügige innere Kolonisation zu treiben. Leider aber ist diese Hoffnung sehr gering. Bei der Zusammenkunft des preussischen Abgeordnetenhauses ist nicht anzunehmen, daß dieser verständige Gesetzentwurf zur Annahme gelangt. Das kann natürlich für eine Partei, die es ernst mit einer Sache meint, kein Anlaß sein, mit solchen Plänen im Hintergrunde zu bleiben. Auch die Diskussion kann schon Gutes schaffen, und auf die Dauer wird man sich der Notwendigkeit, eine energische innere Kolonisation zu treiben, selbst im preussischen Landtage nicht verschließen können.

Das Arbeitsverhältnis der Straßenbahner kam am Freitag im Reichstage kurz zur Sprache. Der Abgeordnete Dr. Duard hatte folgende kleine Anfrage gestellt:

„Was denkt der Herr Reichstangler zu tun, um eine der einheitlichen Entwicklung der Straßenbahnen im Reich entsprechende einheitliche Regelung der Dienstvorschriften für Straßenbahner herbeizuführen?“

Darauf erwiderte der Ministerialdirektor Dr. Caspar, daß die Vorschriften der Gewerbeordnung auf die Straßenbahnen ebensowenig Anwendung finden wie für die Eisenbahnunternehmungen. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse der bei ihnen beschäftigten Personen sei daher Sache der Landesregierungen; der Reichsleitung stehe eine Einwirkung auf diese Angelegenheit zur Zeit nicht zu.

Leider hat die Regierung nicht erkennen lassen, ob sie nicht eine Abänderung dieses Zustandes herbeiführen will.

Die Löhne der Bergarbeiter zeigen, wie die Lohnstatistik für das Oberbergamt in Dortmund erkennen läßt, ebenfalls eine rückläufige Bewegung. Wenn man freilich die Durchschnittslöhne des Jahres 1913 mit denen des Jahres 1912 vergleicht, dann ergibt sich noch eine Steigerung. Der Schichtlohn der Gesamtbelegschaft stellte sich nämlich im Jahre 1913 auf 5,36 Mk. gegen 5,03 Mk. im Jahre 1912, der durchschnittliche Schichtlohn der unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter, der Sauer, die etwas über die Hälfte der Gesamtbelegschaft ausmachen, auf 4,7 Mk. gegen 6,02 Mk. im Jahre 1912. Das Jahreseinkommen eines Arbeiters der Gesamtbelegschaft betrug 1755 Mk. gegen 1586 im Vorjahre, das eines Sauerers 2088 Mk. gegen 1858 im Jahre 1912. Auch die Zahl der von den Arbeitern durchschnittlich verfahrenen Schichten hat sich erhöht. Sie beträgt 327 gegen 315. Im Jahresdurchschnitt also ist eine Besserung der Einkommensverhältnisse der Bergarbeiter des Dortmunder Reviers eingetreten.

Ein anderes Bild erhält man jedoch, wenn man die Löhne des IV. Quartals 1913 mit denen des III. Quartals vergleicht. Im letzten Viertel des Jahres nämlich betrug der Schichtlohn der Gesamtbelegschaft 5,38 Mk. gegen 5,42 Mk. im III. Quartale, er ist also um 4 Pf. gesunken. Der durchschnittliche Schichtlohn der Sauer sank von 5,6 Mk. auf 6,47 Mk., also um 9 Pf. Bei den aufstigen unterirdisch beschäftigten Leuten, etwa 4 % der Gesamtbelegschaft, blieben die Löhne auf dem gleichen Höhe, und nur die Löhne der Tagesarbeiter sind um 4 Pf. für die Schicht gestiegen. Alles in allem also hat im letzten Quartal des vorigen Jahres eine Verminderung des Verdienstes stattgefunden, die umso empfindlicher wir-

ten muß, als auch die Zahl der Schichten von 85 auf 79 gesunken, also um 6 zurückgegangen ist.

Arbeiterbewegung. In der Solinger Waffenindustrie nimmt der Kampf seinen Fortgang. Die Zahl der Ausgesperrten beträgt zunächst etwa 800. Die Unternehmer versuchen Uneinigkeit zwischen den verschiedenen Arbeiterorganisationen zu stiften, indem sie für einen Teil die Kündigung zurückgezogen haben. Die Arbeiter indessen sind auf diese Pläne nicht eingegangen, sondern führen den Kampf gemeinschaftlich weiter. Auch durch schwarze Listen bemühen sich die Unternehmer, den Widerstand der Arbeiter zu brechen.

In Barcelona (Spanien) haben die Straßenbahner den Streik beschlossen, weil die Direktion der Gesellschaft sich weigert, die neugegründete Organisation anzuerkennen. — In Sidney (Australien) befinden sich seit längerer Zeit die Fleischergejellen im Auslande. Derselbe ist jetzt beendet, ohne daß die Arbeiter ihre Forderungen durchgesetzt haben. Diese sind vielmehr dem Einigungsamt überwiesen worden, das in allen ferneren Differenzen zur Vermittlung angerufen werden soll.

Dem christlichen Gewerbeverein der Bergarbeiter hat sich durch Generalversammlungsbeschluß vom 15. Februar der christliche Bergarbeiterverband in Holland angeschlossen. Wie der „Bergsnapper“ mitteilt, ist dieser Anschluß mit % Mehrheit erfolgt. Erreicht werden soll für die holländischen Bergleute dadurch die Einführung einer allgemeinen Pensionkasse, eine einheitliche Befahrung und Reform der Krankenkassen und eine Reform des Berggesetzes und der Arbeitsordnungen. Wie diese Forderungen durch den Anschluß an den deutschen christlichen Bergarbeiterverband durchgesetzt werden sollen, davon schweigt der Sängers Höllichkeit. Offenbar hat die ganze Geschichte auch nur den Zweck, dem aus recht schwachen Füßen stehenden holländischen christlichen Bergarbeiterverband einen etwas stärkeren Rückhalt zu geben.

Eine Frage drängt sich uns da auf: Der christliche Gewerbeverein der Bergarbeiter behauptet doch auf nationalem Boden zu stehen. Kann er die Vereinigung mit dem holländischen Bergarbeitergewerbeverein damit in Einklang bringen? Und dann noch eines! Hat sich nicht der christliche Gewerbeverein der Bergarbeiter, als er den kleinen holländischen Bruder zu sich herüberzog, der ihm zweifellos nur Geldkosten verursachen wird, dabei von dem Gedanken leiten lassen, mit etwas größeren Mitgliederzahlen prunken zu können? Der Verdacht ist jedenfalls nicht ganz unbegründet.

Die Lohnzahlung in Papiergeld ist in letzter Zeit häufig Gegenstand der Erörterungen gewesen. Kürzlich hat es der „Vormärts“ als gesetzlich unzulässig erklärt, daß der Lohn in Reichskassenscheinen, d. h. in Papiergeld von 5 oder 10 Mk. gezahlt wird. Er fordert die Arbeiter, die Lohn in Reichskassenscheinen empfangen haben, auf eine nochmalige Zahlung zu fordern und im Falle der Verweigerung vor dem Gewerbegericht Klage zu erheben.

Demgegenüber ist zu bemerken, daß diese Mahnung auf einer Verkennung der gesetzlichen Vorschriften beruht. Wenn § 115 der Gewerbeordnung vorschreibt, daß die Löhne in b. a. zu berechnen und auszusahlen sind, so soll damit lediglich, wie aus den Verhandlungen bei der Schaffung der Gewerbeordnung unzweifelhaft hervorgeht, das sogenannte Trichsystem, d. h. die Ablohnung durch Waren, Gutscheine usw. verhindert werden. Unter Barzahlung im Sinne dieser Bestimmung ist nur zu verstehen eine Zahlung in gesetzlich zugelassenen Zahlungsmitteln. Das Bürgerliche Gesetzbuch, das Handelsgesetzbuch und die Zivilprozessordnung fassen auch den Begriff der Barzahlung genau in demselben Sinne auf. Als Zahlungsmittel sind gesetzlich zugelassen die Reichsmünzen, die Reichskassenscheine, die Reichsbanknoten und die Noten der deutschen Privatnotenbanken. Allerdings sind nur die Reichsgoldmünzen und die Reichsbanknoten, d. h. Papiergeld von 20 Mk. aufwärts, mit Annahmepflicht ausgestattet. Ein Arbeiter ist daher allerdings berechtigt, aus diesem Grunde die Annahme von Zehn- und Fünfmarkscheinen bei der Lohnzahlung zu verweigern.

Eine andere Frage ist es, ob es praktisch ist, daß der Lohn in Papiergeld ausbezahlt wird. Neuerdings hat das Reichskassenschatzamt darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Fälle vermehren, in

denen Erjak für vernichtete Reichskassenscheine gefordert wird. Die Behörde erklärt, daß sie oft nicht in der Lage sei, diesem Erjak zu entsprechen, weil nach den gesetzlichen Vorschriften nur dann Erjak geleistet werden darf, wenn entweder von einem echten Reichskassenschein ein Rest vorgelegt wird, der mehr als die Hälfte eines solchen beträgt, oder wenn es auf Grund der beigebrachten Beweise als ausgeschlossen erachtet werden muß, daß die nicht vorgelegten, mehr als die Hälfte betragenden Teile noch wieder zum Vorschein kommen können. In der bei weitem überwiegenden Mehrzahl derartiger Fälle ist der Schaden in der Weise entstanden, daß in größeren Betrieben bei den Lohnzahlungen die Arbeiter verschlossene Lohnkästen zerrissen, das harte Geld ausgeschüttet und die zerrissene Lohnkästen mit dem noch darin haftenden Papiergelde weggejagt haben. Wenn dann der Verlust entdeckt worden ist, ist häufig die Lohnkästen oder ein Teil derselben nicht mehr aufzufinden gewesen. Die Beträge, die den Arbeitern auf diese Weise verloren gehen, sind natürlich nicht gering. Deshalb wäre es zu wünschen, daß die Unternehmer sich daran gewöhnten, zur Lohnzahlung kein Papiergeld mehr zu verwenden.

Die Frauarbeit in Krisenzeiten nimmt zu, während die Zahl der beschäftigten männlichen Arbeiter zurückgeht. Das zeigen deutlich die Berichte der Krankenkassen an das „Reichsarbeitsblatt“. Stellt man nämlich die Zahlen der Steigerung bzw. Abnahme gegenüber den Vorjahren in den Jahren 1908 bis 1913 noch Monaten und für Männer und Frauen getrennt gegenüber, so ergibt sich, daß bei den Frauen überhaupt keine Abnahmeziffern eingetreten sind und daß oft gerade in Krisenzeiten, wo die Beschäftigungsziffern der Männer stark abnehmen, die der Frauen steigen. So brachte z. B. der Monat März 1909, der bei den Männern den stärksten Rückgang in der Zahl der Beschäftigten aufwies, bei den weiblichen noch immer eine Zunahme von 47 750. Rechnerisch ist die Erhöhung für das Jahr 1913. Hier ließ bei den Männern die Zunahme der Zahl der Beschäftigten vom März an rasch nach, und die letzten beiden Monate des abgelaufenen Jahres brachten einen ausgeprochenen Rückgang. Ganz anders war der Verlauf der Beschäftigung bei den Frauen. Der März 1913 brachte noch eine Steigerungsziffer von 99 322, und wenn auch die Steigerungsziffern allmählich sinken, so betragen sie im Dezember immer noch 56 027, während bei den männlichen Arbeitern im Dezember eine Abnahme von 10 942 festgelegt ist.

Die Ridert-Stiftung zur Unterstützung von Volksbibliotheken in unermittelten Gemeinden, die vom Vorstande der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung verwaltet wird, hat im Jahre 1913 wiederum 5462 Bücher zum Ladenpreise von 954,25 Mk. an 286 Bibliotheken unentgeltlich abgegeben. Die Stiftung wurde aus allen Teilen des Reiches in Anspruch genommen, konnte aber ihrer geringen Mittel wegen nicht sämtliche Gesuche berücksichtigen. Seit dem Jahre 1903 gab die Stiftung an 2823 Bibliotheken 41 500 Bände ab. Für das Jahr 1914 stehen 135 Bücher in 100-200 Exemplaren zur Verfügung. Die Stiftung gibt diese Bücher an wenig bemittelte Volksbibliotheken, die Mitglieder der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung sind, unentgeltlich, gegen Entschädigung der Einbände, ab. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Berlin NW., Lüneburger Straße 21.

Die 514. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 15. März, nachmittags 3 Uhr im Deutschen Opernhaus, Charlottenburg statt. Zur Aufführung gelangt: „Die lustigen Weiber von Windsor“ (Komische Oper von Otto Nicolai).

Gewerbereins-Zeil.

§ Düsseldorf. Am 28. Februar fand im Verbands- hause eine überaus stark besuchte Sitzung der Ortsverbandsvertreter und Vorstandsmitglieder der dem Ortsverbande angeschlossenen Ortsvereine statt. Alle Ortsvereine waren vertreten. Der Jahresabschlussbericht kam zur Verlesung und wurde ohne Einwendungen angenommen. Zum Punkt Arbeiterssekretariat gab der Vorsitzende, Kollege Ingenhofen, eine Uebersicht über die Einnahmen, die laufend und dauernd gesichert sind. Hieran knüpfte sich eine gründliche Aussprache, die das Ergebnis hatte, daß die Anstellung eines Arbeiterssekretärs zum 1. Mai d. J. einstimmig beschlossen wurde. Zu der im Vordergrund der Diskussion stehenden Frage der Sonntags-

